

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz

(A) (Beifall bei der AfD)

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD):

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Verehrte Bürger! „Reha vor Pflege“, so hieß das viele Jahre. Das betraf natürlich vor allem die gesetzliche Krankenversicherung, aber nicht nur.

Später hieß es dann „Reha vor Rente“. Auch das ist richtig: Menschen, die krank sind und deren Erwerbsfähigkeit eingeschränkt ist, sollen eben nicht in die Rente abgeschoben werden, wie das früher so oft der Fall war, sondern möglichst wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden – eine Kernaufgabe der Deutschen Rentenversicherung.

Aber was theoretisch jeder will, funktioniert in der Praxis nur halb: zu viele Zuständigkeiten, zu viele Kostenstellen und zu viele – zum Teil gegenläufige – Interessenlagen. Es gibt immer noch zu viele Menschen, die in die Erwerbsunfähigkeitsrente wechseln, ohne überhaupt je eine Reha gemacht zu haben.

Eine regelmäßige Überprüfung, was die potenzielle Erwerbsfähigkeit angeht, findet nicht statt. An dieser Stelle braucht es eine engere und verbindlichere Kooperation der verschiedenen Akteure und eine Politik, die dafür auch die richtigen Rahmenbedingungen setzt.

„Wir machen längeres, gesünderes Arbeiten zu einem Schwerpunkt unserer Alterssicherungspolitik“, so heißt es im Koalitionsvertrag; es wurde darin sogar ein Aktionsplan dazu angekündigt. Bloß, wenn man dahinter schaut, dann findet man viel von Klimawandel und Arbeitsschutz, aber von Reha ist gar nicht die Rede.

(B)

(Takis Mehmet Ali [SPD]: Hä? – Dr. Martin Rosemann [SPD]: Das ist doch Quatsch, was Sie hier erzählen!)

Das ist doch ein Armutszeugnis, und das nicht nur, weil die Arbeitskräfte knapp werden, sondern weil die betroffenen Menschen, die ja oft viele Jahre gearbeitet haben, ein Anrecht darauf haben, dass man sich um sie kümmert, dass man versucht, nicht nur ihre Erwerbsfähigkeit, sondern ihre Gesundheit wiederherzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich agiert auch die Deutsche Rentenversicherung nicht im luftleeren Raum. In einigen Bereichen, zum Beispiel in der Psychosomatik, gibt es bereits ein individuelles Fallmanagement. Auch die Idee mit den Lotsen ist ja nicht neu; wir kennen sie aus der hausarztzentrierten Versorgung. Im Interesse der Patienten ist es wichtig, da, wo unabhängige Versorgungsstrukturen aufeinandertreffen, für eine lückenlose und koordinierte Behandlung zu sorgen.

Insofern geht der hier vorliegende Antrag aus unserer Sicht zumindest in die richtige Richtung, auch wenn es an der ein oder anderen Stelle noch Klärungsbedarf gibt. Da ist zum einen die Frage der Finanzierung, wozu auch die Frage gehört: Über wie viele Personen reden wir hier eigentlich? Und: Wer ist für dieses Fallmanagement geeignet? Und natürlich: Wie entwickeln sich die Kosten im Vergleich zum Nutzen?

Uns ist auch wichtig, dass es durch die Einführung einer neuen funktionellen Schnittstelle nicht zu Doppelstrukturen kommt. Da muss man sicherlich genau hinschauen, und ich erwarte mir da noch weitere Hinweise durch eine entsprechende Anhörung.

Insofern stehen wir dem Antrag erst einmal ergebnisoffen gegenüber und begrüßen, dass Bewegung in dieses Thema kommt. Ich freue mich jedenfalls auf die Beratungen im Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Wir kommen zu Corinna Ruffer für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Takis Mehmet Ali [SPD]: Denk an das BTHG!)

Corinna Ruffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Natürlich, Takis; daran denke ich Tag und Nacht. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Demokratinnen und Demokraten!

(Zuruf von der AfD: Aha!)

Sehr geehrte Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU, Sie wollen mit Ihrem Antrag Prävention und Rehabilitation stärken. Das ist natürlich gut und grundsätzlich sehr wichtig; denn die betroffenen Menschen haben ein Recht darauf, und wir können und wollen auf niemanden verzichten. Ich glaube, bis hierhin besteht absolute Einigkeit.

Aber ich bin beim Lesen schon über die ersten Sätze gestolpert. Sie setzen eine Prämisse, die ich, ehrlich gesagt, für vollkommen falsch und sogar gefährlich halte: Sie formulieren körperliche Gesundheit als Bedingung für Erwerbsarbeit, für gesellschaftliche Teilhabe, für Unabhängigkeit und schließlich für ein selbstbestimmtes Leben. – Takis, was sagst du dazu?

(Takis Mehmet Ali [SPD]: 1950!)

– „1950“, sagt er. – Das ist offensichtlich falsch; denn viele Menschen mit Behinderungen beweisen täglich das Gegenteil.

Wo die gleichberechtigte Teilhabe, wo ein Leben in Selbstbestimmung aber nicht gelingt, gibt es Barrieren, die wir als Gesellschaft zu verantworten haben und die deshalb auch wir als Gesellschaft zu beseitigen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Darum geht es, wenn wir über die inklusive Gesellschaft sprechen: Wir müssen die Strukturen so verändern, dass sie für alle Menschen möglichst reibungslos funktionieren, eben nicht nur für die Gesunden und besonders Leistungstarken.

(C)

(D)

Corinna Rüffer

(A) Ich habe heute Nachmittag mit Wilfried Oellers gesprochen und habe ihn gefragt, ob er die Federführung hat. Er hat sie nicht. Es hätte mich gewundert, hätte er sie gehabt; denn er vertritt die Behindertenpolitik der Union seit Jahren und weiß genau, wovon ich hier rede.

(Zuruf des Abg. Kai Whittaker [CDU/CSU])

Er weiß genau, dass es sogar geltendem Recht widerspräche, Selbstbestimmung und Teilhabe an die gesundheitliche Konstitution eines Menschen zu knüpfen und nicht alles daranzusetzen, daran etwas zu verändern, wenn es der tatsächlichen Lebenserfahrung behinderter Menschen entspräche, ausgeschlossen zu werden.

Trotzdem ist es natürlich ein absolut notwendiges Vorhaben, erkrankte Erwerbstätige, insbesondere solche mit großen Bedarfen, beim Wiedereinstieg ins Berufsleben viel stärker zu unterstützen, als sie es bis heute erleben müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ihr Vorschlag, Lotsen einzusetzen, die zwischen den zahlreichen Akteuren vermitteln sollen, ist aber nichts weiter als ein Pflaster auf einer klaffenden Wunde.

(Zuruf der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Strukturen und mangelnde Standards bleiben bestehen, und Geld darf es auch keines kosten – das wird natürlich nicht funktionieren.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Das stimmt

(B) doch gar nicht!)

– Doch, das stimmt.

Wir wären dafür, erst mal das Naheliegende endlich zu tun. Seit über zehn Jahren steht eine Stärkung des BEM, des Betrieblichen Eingliederungsmanagements, in allen Koalitionsverträgen,

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Daran scheitern Sie ja auch! – Stephan Stracke [CDU/CSU]: Und was macht ihr jetzt? Was macht die Regierung jetzt, Frau Rüffer?)

weil wir doch wissen, dass dieses wertvolle Instrument seine volle Wirkung nicht entfalten kann, weil es an Schärfe und Klarheit mangelt. Jede Arbeitnehmerin muss endlich das Recht bekommen, eine gut strukturierte und qualitativ hochwertige Unterstützung bei der Rückkehr ins Erwerbsleben zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP – Stephan Stracke [CDU/CSU]: Und wann kommt Ihr Gesetzentwurf?)

Der Anteil derer, denen trotz bestehender Voraussetzungen im individuellen Fall kein BEM angeboten wird, liegt in kleineren Betrieben, im Handwerk und im Dienstleistungsbereich bei mehr als 60 Prozent. Wie wäre es, wenn wir erst einmal dieses bekannte Problem lösen würden?

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Das können Sie ja! Aber machen es nicht!)

Und wir brauchen endlich flächendeckende Qualitätsstandards (C)

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Machen, Frau Rüffer! Nicht beklagen! Sie regieren!)

– das kommt noch! – bei der stufenweisen Wiedereingliederung.

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch das ist hinlänglich bekannt.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: Dann machen Sie es halt, Frau Rüffer!)

Und lassen Sie uns bloß nicht vergessen, die Schwerbehindertenvertretungen zu stärken; denn die kennen ihre Betriebe am allerbesten und können nicht nur in diesem speziellen Fall eine wertvolle Hilfe sein.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Stephan Stracke [CDU/CSU]: Dann machen Sie es! Machen! – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Sie regieren!)

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Corinna Rüffer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Sie haben es doch in den vergangenen Legislaturperioden verbockt. Und jetzt kommen Sie mit einem Antrag, der keinen Millimeter weiterhilft! Das ist doch lächerlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Nina Warken [CDU/CSU]: Ihre Rede war lächerlich! – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Die Rede hat jetzt uns auch keinen Millimeter weitergeholfen! – Zuruf des Abg. Martin Reichardt [AfD])

Vizepräsidentin Aydan Özoğuz:

Das Wort erhält Jens Teutrine für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jens Teutrine (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kürzlich hat der Normenkontrollrat ein lesenswertes Gutachten

(Takis Mehmet Ali [SPD]: Ach!)

über den Sozialstaat veröffentlicht; es trägt den Titel „Wege aus der Komplexitätsfalle“.

(Stephan Stracke [CDU/CSU]: „Wege aus der Ampelfalle“, würde ich sagen!)